

Prof. Dr. Klaus Hahn

BilMoG Kompakt

2009
HDS-Verlag
Weil im Schönbuch

Inhaltsverzeichnis

Der Autor	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV
1. Anwendungsbereich, Ziele und Bedeutung des BilMoG	I
1.1 Gesetzeshistorie	1
1.1.1 Vom BiRiLiG zum BilMoG	1
1.1.2 Gesetzgebungsverfahren des BilMoG	1
1.2 Gegenstand des BilMoG	2
1.3 Ziele des BilMoG	2
1.3.1 Das magische Fünfeck der Zielsetzungen	2
1.3.2 Eigenständiges Regelwerk	3
1.3.3 Vollwertiges Regelwerk	3
1.3.4 Kostengünstiges Regelwerk	4
1.3.5 Ausschüttungsrelevanz	5
1.3.6 Besteuerungsrelevanz	5
1.3.7 Das BilMoG als Kompromisslösung	5
1.4 Das BilMoG als Artikelgesetz	6
1.5 Gegenstand und Auswirkungen des BilMoG	6
1.6 Übergang auf das BilMoG	8
1.7 Anwendungsbeginn des BilMoG	8
1.7.1 Regulärer Anwendungsbeginn	8
1.7.2 Freiwilliger vorgezogener regulärer Anwendungsbeginn	9
1.7.3 Gesetzlich vorgezogener Anwendungsbeginn für Einzelregelungen	10
2. Generelle Neuregelungen	12
2.1 Gravierende Gesetzesänderungen	12
2.1.1 Wegfall der Rechnungslegungspflicht für bestimmte Kleinstunternehmen	12
2.1.2 Anhebung der Schwellenwerte/Größenmerkmale	13
2.1.2.1 Einzelabschluss	13
2.1.2.2 Konzernabschluss	13
2.1.3 Abschaffung der umgekehrten Maßgeblichkeit	14
2.1.4 Erweiterung des Stetigkeitsgrundsatzes	16
2.1.5 Erweiterung der Abschlussbestandteile	16
2.1.5.1 Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel	16
2.1.5.2 Segmentberichterstattung	17
2.2 Klarstellungen/Konkretisierungen	18
2.2.1 Zuordnung nach dem wirtschaftlichen Eigentum	18
2.2.2 Definition der kapitalmarktorientierten Kapitalgesellschaft	19
2.2.3 Erweiterung der Befugnisse des DRSC	20

3.	Einzelabschluss	21
3.1	Gravierende Änderungen	21
3.1.1	Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände	21
3.1.1.1	Generelle Neuregelung	21
3.1.1.2	Explizite Ausnahmeregelungen	22
3.1.1.3	Bilanzierung von Forschungs- und Entwicklungskosten	22
3.1.1.4	Sonderregelungen für einzelne immaterielle Vermögensgegenstände	28
3.1.2	Bewertung von Handelspapieren zu Zeitwerten	29
3.1.2.1	Keine Zeitwertbewertung bei Nicht-Banken	29
3.1.2.2	Zeitwertbewertung bei Banken	30
3.1.3	Pensionsrückstellungen	33
3.1.3.1	Grundsätzliche Regelungen	33
3.1.3.2	Ansparverfahren	33
3.1.3.3	Altzusagen und mittelbare Verpflichtungen	34
3.1.3.4	Abzinsungssatz	35
3.1.3.5	Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Rentenerhöhungen	37
3.1.3.6	Übergangsregelungen für Pensionsverpflichtungen	39
3.1.3.7	Saldierung	39
3.1.3.8	Generelle Anhangangaben	42
3.1.3.9	Pensionsrückstellungen: Zusammenfassung	42
3.1.4	Sonstige Rückstellungen	43
3.1.4.1	Zulässige Rückstellungen	43
3.1.4.2	Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen	46
3.1.4.3	Abzinsung langfristiger Rückstellungen	47
3.1.4.4	Zusammenfassender Vergleich der Sonstigen Rückstellungen mit IFRS	49
3.1.4.5	Sonstige Rückstellungen: Zusammenfassung	49
3.1.5	Latente Steuern	50
3.1.5.1	Gegenüberstellung des neuen Wortlauts des bisherigen und neuen § 274 HGB	50
3.1.5.2	Beispielhafte Verdeutlichung der Wirkungsweise latenter Steuern	51
3.1.5.3	Systematisierung der Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz	54
3.1.5.4	Konzept der Steuerabgrenzung	54
3.1.5.5	Methode der Steuerabgrenzung	57
3.1.5.6	Stufen der Steuerlatenzermittlung	59
3.1.5.7	Ansatz- und Bewertungsvorschriften latenter Steuern	60
3.1.5.8	Ausweisregelungen latenter Steuern im Einzelabschluss	65
3.1.5.9	Ausschüttungs- und Ergebnisabführungssperre latenter Steuern im Einzelabschluss	67
3.1.5.10	Latente Steuern aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG	67
3.1.5.11	Latente Steuern: Zusammenfassung	69
3.2	Einzeländerungen	69
3.2.1	Außerplanmäßige Abschreibung im Anlagevermögen bei vorübergehender Wertminderung	69

3.2.2	Neuregelungen zur außerplanmäßigen Abschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung	70
3.2.3	Verschärfung der Wertaufholungspflichten	70
3.2.4	Herstellungskosten selbst erstellter Vermögensgegenstände	71
3.2.5	Verbrauchsfolgeverfahren	72
3.2.6	Außerplanmäßige Abschreibung im Umlaufvermögen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung auf niedrigeren Zukunftswert	72
3.2.7	Konkretisierung der Währungsumrechnung im Einzelabschluss	73
3.2.8	Bildung von Bewertungseinheiten (Hedge-Accounting)	74
3.2.9	Konkretisierung des Eigenkapitalausweises	76
3.2.9.1	Ausstehende Einlagen	76
3.2.9.2	Ausweis von eigenen Anteilen	77
3.2.10	Wegfall bestimmter aktiver Abgrenzungsposten	79
3.2.10.1	Abgrenzungsposten für als Aufwand berücksichtigte Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	79
3.2.10.2	Abgrenzungsposten für als Aufwand berücksichtigte Zölle und 'Verbrauchssteuern auf Vorräte	80
3.2.11	Änderungen bei den Anhangangaben	80
3.2.11.1	Unterteilung der zusätzlichen Anhangangaben	80
3.2.11.2	Neue Anhangangaben mit Ergänzungsfunktion	81
3.2.11.3	Modifizierte Anhangangaben mit Ergänzungsfunktion	83
3.2.11.4	Befreiungsregelungen von den Anhangangaben	86
4.	Konzernabschluss	88
4.1	Gravierende Änderungen	88
4.1.1	Erweiterung des Konzerntatbestands	88
4.1.2	Methoden der Kapitalkonsolidierung	90
4.1.2.1	Methoden der Kapitalkonsolidierung nach bisherigem und neuem Recht im Überblick	90
4.1.2.2	Abschaffung der Interessenzusammenführungsmethode	91
4.1.2.3	Abschaffung der Buchwertmethode	92
4.1.2.4	Abschaffung der erfolgsneutralen Goodwill-Behandlung	98
4.1.2.5	Abschaffung des Verrechnungswahlrechts aktiver und passiver Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung	99
4.1.3	Latente Steuern im Konzernabschluss	99
4.1.3.1	Stufen der Steuerlatenzermittlung im Konzern	99
4.1.3.2	Ansatz und Bewertung latenter Steuern im Konzernabschluss auf der Ebene HB II	99
4.1.3.3	Ansatz und Bewertung latenter Steuern im Konzernabschluss infolge <- von Konsolidierungsvorgängen	100
4.2	Einzeländerungen	107
4.2.1	Änderungen des Minderheitenschutzes bei befreienden Gesamtkonzernabschlüssen	107

4.2.2	Festlegung der Berichtsform bei Änderungen des Konsolidierungskreises	108
4.2.3	Festlegung des Zeitpunkts der Erstkonsolidierung	109
4.2.4	Neuregelung zur Abbildung von Rückbeteiligungen	109
4.2.5	Abschaffung der Kapitalanteilmethode für assoziierte Unternehmen.	110
4.2.6	Währungsumrechnung: Einführung Modifizierte Stichtagskursmethode	111
4.2.7	Erhöhung der Anforderungen an einen befreienden Konzernabschluss. . . .	112
4.3	Änderungen bei den Anhangangaben.	112
4.4	Verbleibende wesentliche Unterschiede zwischen IFRS und BilMoG im Rahmen der Konsolidierung	112,
4.5	Konzernrechnungslegung: Zusammenfassung	113
5.	Erweiterungen des Lageberichts.	116
5.1	Erklärung zur Unternehmensführung	116
5.2	Beschreibung des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems.	117
>- 6.	Corporate Governance und Abschlussprüfung	119
6.1	Hinweise zum Anwendungsbeginn.	119
6.2	Zusammensetzung des Aufsichtsrats.	119
6.3	Einrichtung eines internen Prüfungsausschusses.	120
6.4	Übernahme der Internationalen Prüfungsstandards (ISA) und Verordnungsermächtigung des BMJ.	122
6.5	Erweiterungen der Verantwortlichkeit des Konzernabschlussprüfers bei Übernahme der Ergebnisse vorgelagerter Prüfungen.	122
6.6	Erweiterte Rotationspflichten.	123
6.7	Einführung einer Netzwerkregelung	124
6.8	Cooling-off Periode (Auszeit) beim Wechsel zum Mandanten.	125
6.9	Konkretisierung und Ausweitung der Honorarangaben.	125
6.10	Information an die Wirtschaftsprüferkammer bei Auflösung des Prüfungsauftrags.	126
6.11	Informationsrecht bei Wechsel des Abschlussprüfers.	126
6.12	Schriftliche Unabhängigkeitserklärung	127
6.13	Konkretisierung des Berichtsumfangs an Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss.	127
6.14	Zusammenfassung und ergänzender Hinweis.	128
7.	Resümee und Ausblick	131
7.1	Veränderungen der bilanzpolitischen Spielräume.	131
7.1.1	Verlagerung der bilanzpolitischen Stellschrauben	131
7.1.2	Abschaffung von Wahlrechten im Rahmen des BilMoG.	131
7.1.2.1	Wegfall von Ansatzwahlrechten	131
7.1.2.2	Wegfall von Bewertungswahlrechten	132
7.1.2.3	Wegfall von Konsolidierungswahlrechten.	133
7.1.2.4	Verbleibende Wahlrechte.	134

7.1.2.5	Neue Wahlrechte134
7.1.2.6	Neue Ermessensspielräume135
7.2	Auseinanderfallen von Handels- und Steuerbilanz136
7.2.1	Gründe für das Auseinanderfallen136
7.2.2	Zusammenfassender Überblick über die Durchbrechungen der Maßgeblichkeit im Rahmen des BilMoG.136
7.3	Resümee der neuen Vorschriften und Auswirkungen auf die Bilanzierungspraxis.137
8.	Anhang: Anwendungsbeginn vorgezogener Regelungen gemäß EGHGB n.F.139
8.1	Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2007 beginnen gem. Art. 66 Abs. 1 EGHGB n.F.139
8.2	Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2008 beginnen gem. Art. 66 Abs. 2 EGHGB n.F.139
	Literaturverzeichnis.141
	Stichwortregister.143